

von der Decken, Hans

**Article — Digitized Version**

## Die Paritätsforderung der deutschen Landwirtschaft

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* von der Decken, Hans (1954) : Die Paritätsforderung der deutschen Landwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 7, pp. 377-383

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131920>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# ABHANDLUNGEN

## PARITÄTSSYSTEM UND AGRARSTRUKTUR

*Die Agrarpolitik der Bundesregierung gerät in Bewegung. Die CDU- und die FDP-Fraktion des Bundestages sowie der Deutsche Bauernverband haben Gesetzentwürfe zur Verwirklichung der „Paritätsforderung“ der Landwirtschaft ausgearbeitet. Gleichzeitig ist viel von einem Programm zur Verbesserung der Agrarstruktur die Rede, das vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aufgestellt worden ist und das wir in diesem Zusammenhang gern veröffentlicht hätten. — Wie weit sind die Paritätsforderungen berechtigt? Reicht ihre Durchsetzung aus, die westdeutsche Landwirtschaft wieder lebensfähig zu machen, oder bedarf es in jedem Falle einer Verbesserung der Agrarstruktur? Und auf welche Faktoren hätte eine zukünftige „Strukturpolitik“ Rücksicht zu nehmen? Das sind die Kernfragen, auf die die folgenden Abhandlungen eine Antwort zu finden bemüht sind.*

### Die Paritätsforderung der deutschen Landwirtschaft

Dr. Hans v. d. Decken, Hamburg

Die wirtschaftspolitische Presse hallt heute mehr denn je von agrarpolitischen Befürchtungen wider. Die westdeutsche Landwirtschaft fühlt sich den wirtschaftspolitischen Stürmen allzu schutzlos preisgegeben. Ihre Boote können keinen festen Kurs mehr halten. Es wird immer schwieriger, um im Bilde zu bleiben, zwischen der Scilla der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Konkurrenten und der Charybdis zu hoher inländischer Belastungen durch Steuern, Zinsen, Abgaben usw. hindurchzusteuern. Während die modernen Klipperschiffe der nordischen, westlichen (Benelux) und zum Teil auch südlichen Wettbewerber, ausgerüstet mit den neuesten Errungenschaften der Technik, davonziehen, mühen sich die mittelalterlichen Karavellen der westdeutschen Landwirtschaft unter Aufbietung aller Kräfte der zum Teil schon überalterten Besatzung, trotz unzulänglicher Ausrüstung den Vorsprung der überlegenen Konkurrenten einzuholen. Kein Wunder, daß nur wenige Schiffe, nur „Neubauten“, dies vermögen. Die meisten Kapitäne aber fürchten, vor der überstarken Konkurrenz kapitulieren zu müssen. Sie senden daher gezwungenermaßen SOS-Rufe aus. Diese können unter dem Stichwort „Parität“ zusammengefaßt werden, durch die die deutsche Landwirtschaft lebensfähig erhalten werden soll.

Die meisten Befürworter einer Paritätsforderung verstehen hierunter eine „Einkommensparität“ der Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie. In den letzten Jahrzehnten konnte die Rationalisierung in der Industrie schneller vorangetrieben werden als in der Landwirtschaft. Die Wertschöpfung je Kopf stieg also in der Industrie schneller als in der Landwirtschaft. Hierdurch sowie durch eine für die Landwirtschaft ungünstige Preisentwicklung ist das pro-Kopf-Einkommen der Landwirtschaft relativ, d. h. im Vergleich zur Industrie, gesunken. Andere sehen das Hauptübel der „Disparität“ lediglich in der divergierenden

Preisentwicklung zwischen Agrarpreisen und Industriepreisen. Sie fordern daher, vor allem auf Grund amerikanischen Vorbildes, „Paritätspreise“ für die Landwirtschaft. Danach sollen die Preise für Agrarprodukte automatisch der Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produktionsmittel bzw. für Industrieprodukte angepaßt werden. Die Amerikaner nehmen dabei als Basis die Jahre 1910 bis 1914. In Deutschland dagegen wird meistens als Basis das Jahr 1938 als sog. „Normaljahr“ für geeignet gehalten.

Wieder andere Agrarpolitiker legen größeren Wert auf eine „Aufwands- oder Kostenparität“ bzw. auf eine „Ertragsparität“. Diese aber ist in der Praxis nicht immer einfach zu berechnen. Dasselbe gilt für eine „Einkommens- und Ausgabeparität“, die gelegentlich auch propagiert wird. Danach sollen die Preise und Kosten so gestaltet werden, daß in normalen Betrieben bei normaler durchschnittlicher Erzeugungsintensität eine „Parität“ zwischen Einnahmen und Ausgaben erreicht wird. Etwa dasselbe Ziel verfolgt die „Leistungsparität“. Endlich ist in diesem Zusammenhang noch die „Flächenparität“ zu erwähnen, die stets denselben Ertrag, d. h. einen bestimmten Lebensstandard je Hektar garantieren soll.

In der Praxis ist es dabei verhältnismäßig gleichgültig, ob mehr Wert auf „Preis-, Aufwands- oder Einkommensparität“ gelegt wird. Gemeinsam ist allen diesen Wünschen das eine, die „Disparität“, oder genauer gesagt die derzeitige „Unterbewertung der Landarbeit“ zu beseitigen.

#### DIE „UNTERBEWERTUNG DER LANDARBEIT“

Das Problem ist alt. Ihm liegt die Überlegung zugrunde, daß die Landwirtschaft mit einem niedrigeren Anteil am Volkseinkommen als an der Volksarbeit beteiligt ist.

Es gibt sehr viele und zum Teil recht aufschlußreiche Arbeiten über diese Tatbestände, ihre Ursachen, Aus-

wirkungen und Abhilfemöglichkeiten. Hier interessieren vor allem die Folgen, da diese sich auch heute noch auswirken und den gesunden biologischen Kern der Landwirtschaft mehr und mehr aushöhlen. Es sind dies vor allem die unerwünschte Landflucht gerade der körperlich und geistig besonders hochstehenden Menschen aus der Landwirtschaft, wodurch die biologische Substanz des Landvolkes immer mehr verschlechtert wird, ferner die körperliche Überlastung der Bauern und Bauersfrauen, die ein vorzeitiges Altern bewirken, sowie endlich die ungenügende Ausbildungsmöglichkeit für die Landkinder, da es an Geld und Landschulen fehlt.

Auch über die Ursachen und Abhilfemöglichkeiten der „Unterbewertung der Landarbeit“ liegen viele Gutachten von Wissenschaftlern und Ministerien vor. Dabei sind die Forschungen immer mehr vertieft worden. Vor 30 Jahren, als nach dem ersten Weltkrieg einige Schwierigkeiten auftauchten, redete man nur von „Preisscheren“. Man verstand darunter die divergierende Entwicklung der Agrarpreise einerseits (z. B. von Milch, Weizen usw.) und der Produktionsmittelpreise sowie der Aufwandskosten andererseits (z. B. der Maschinen, Löhne, Steuern, Zinsen). Vor 20 Jahren, um 1930, konzentrierte sich das Interesse dann auf die „Unterbewertung der Landarbeit“. Seit etwa 10 Jahren, seit dem Ende des zweiten Weltkriegs spricht man — nicht zuletzt auf Grund ausländischer Arbeiten und Erfahrungen — von den verschiedenen „Paritäten“ bzw. „Disparitäten“. Im Grunde sind das aber nur Synonyme für ein und denselben Tatbestand. Der Stein wurde erstmalig von wissenschaftlicher Seite im Jahre 1933 ins Rollen gebracht, als Prof. Wagemann, damals Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, folgende Feststellungen zur „Unterbewertung der Landarbeit“ (sprich heute: „Disparität“) traf:

„Die Landwirtschaft hat immer mehr geleistet und immer weniger bekommen. Diese Tatsache hört wieder die Industrie sehr ungern. Trotzdem muß man sie aufs schärfste betonen. Die schwache Marktposition der Landwirtschaft hat nämlich ihre Marktbedeutung in ganz verhängnisvoller Weise herabgedrückt. Der Anteil der Landwirtschaft an der Volksarbeit beträgt mindestens 25 %. Infolge der verminderten Marktbedeutung der Landwirtschaft ist aber ihr Anteil am Volkseinkommen nur 15 %. In dieser Beziehung ist also das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie aufs schwerste erschüttert.“

Diese Untersuchungen sind später in einer eingehenden Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin<sup>1)</sup>, vertieft worden. Das Ergebnis läßt sich — ohne hier auf die Problematik aller Berechnungen näher einzugehen — kurz wie folgt zusammenfassen:

Anteil der Landwirtschaft:	1932/33	1937/38
an der Arbeitsleistung des Volkes	31 %	24 %
am Leistungseinkommen	18 %	17 %

Da das sog. Leistungseinkommen (das etwa dem Begriff des Volkseinkommens entspricht) für 1937/38 auf gut 60 Mrd. RM berechnet wurde, so ergibt sich hieraus schätzungsweise für 1937/38 eine „Unter-

<sup>1)</sup> W. Bauer und P. Dehen: „Landwirtschaft und Volkseinkommen“ in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, herausgg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1938/39, Heft 4, S. 411 ff.

bewertung der Landarbeit“ in Höhe von 4,3 Mrd. RM<sup>2)</sup>. Natürlich gilt das nur mit allem Vorbehalt, da hierbei verschiedene Imponderabilien mit bewertet werden müssen, z. B. der Mietwert der landwirtschaftlichen Wohnungen, die Vorteile der Selbstversorgungsmöglichkeit, die Krisenfestigkeit usw. Hierauf soll weiter unten noch näher eingegangen werden. In der Bundesrepublik beträgt der Anteil der Landwirtschaft an den Berufszugehörigen etwa 15% (an den Erwerbstätigen sogar 23%), dagegen am Volkseinkommen nur ca. 9 bis 10%. Da das Volkseinkommen rd. 100 Mrd. DM beträgt, kann man hieraus theoretisch eine „Unterbewertung“ von mehreren Milliarden DM errechnen. Es sei hier in Anbetracht der Problematik auf entsprechende Zahlen verzichtet, jedoch sei erwähnt, daß nach den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes die Unterbewertung seit 1936 zugenommen hat.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München berechnet die Unterbewertung der Landarbeit mit Hilfe einer anderen Methode. Dabei kommt es in seiner Schrift über „die Paritätsforderung für die westdeutsche Landwirtschaft“ (München 1952) z. B. für 1951/52 zu einer „Disparität“ von 119 DM je ha oder von rund 1,5 Mrd. DM für die gesamte Landwirtschaft, soweit das eben auf Grund des vorhandenen Buchführungsmaterials und verschiedener Schätzungen möglich ist.

#### Die PROBLEMATIK DER „UNTERBEWERTUNGS-BERECHNUNGEN“

Die vorstehenden Ausführungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle derartigen zahlenmäßigen Berechnungen über die „Disparität“ problematisch sind, wenn auch an der Tatsache als solcher wohl nicht zu zweifeln ist. Schon die Berechnung des tatsächlichen Einkommens der Landwirtschaft (Barerlöse und unbare Naturaleinkünfte) ist schwierig. Sie läßt sich auf zwei verschiedenen Wegen durchführen.

**1. Die Realmethode:** Berechnung der Verkaufserlöse abzüglich der Betriebsausgaben (Geldeinkommen) und zuzüglich des Wertes des Selbstverbrauchs sowie des Mietwertes der Wohnung u. a. m. (Naturaleinkommen).

**2. Die Personalmethode:** Man legt die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik zugrunde und schlägt das von der Einkommensteuer nicht erfaßte Einkommen der Landwirtschaft dazu.

Die zweite Methode führt mangels entsprechender Statistiken nicht zum Ziel, so daß hier nur die erste Berechnungsart verwendet wird. Hierbei wird das gesamte aus der Agrarproduktion stammende Einkommen als „landwirtschaftliches“ Einkommen gezählt, also auch der (geringe) Teil, der auf Nichtlandwirte, d. h. auf diejenigen entfällt, die nur nebenberuflich landwirtschaftlich tätig sind. Um diesen Teil erscheint demnach das Einkommen der Landwirte zu hoch. Andererseits bleiben aber die Einnahmen, die den Landwirten aus nichtlandwirtschaftlicher Nebenbeschäftigung zufließen (z. B. aus der Holzabfuhr) unberücksichtigt, wodurch das Einkommen der Landwirte zu niedrig erscheint. In Ermangelung jedes Anhaltspunk-

<sup>2)</sup> Die landwirtschaftlichen Einnahmen hätten mit anderen Worten um 38 % steigen müssen, um die „Parität“ herzustellen, d. h. um die „Unterbewertung der Landarbeit“ zu beseitigen.

tes für die Schätzung beider Beträge sei daher angenommen, daß sie sich gegeneinander ausgleichen, obwohl in der Praxis der letztgenannte Einnahmeposten höher sein dürfte als der erstgenannte.

Für das Jahr 1937/38, für das besonders exakte Berechnungen vorliegen, betragen z. B. die Verkaufserlöse 9,5 Mrd. RM, der Wert des Selbstverbrauchs 3,1 Mrd. RM, der Gesamtwert der Agrarproduktion mithin 12,6 Mrd. RM. Zuzüglich des Mietwerts der landwirtschaftlichen Wohnungen in Höhe von 1,7 Mrd. RM sowie der selbst ausgeführten Betriebsverbesserungen (0,1 Mrd. RM) und abzüglich der Betriebsausgaben<sup>3)</sup> (5,0 Mrd. RM) ergeben sich rechnerisch 9,4 Mrd. RM als landwirtschaftliches Einkommen<sup>4)</sup>. Von dem Gesamteinkommen entfielen nach allem nicht weniger als 4,9 Mrd. RM oder 52% auf Natureinkommen und nur 4,5 Mrd. RM oder 48% auf Geldeinkommen.

Um nun zur „Unterbewertung“ zu kommen, muß der Anteil dieses landwirtschaftlichen Einkommens am gesamten Volkseinkommen festgestellt und ferner analog der Anteil der landwirtschaftlichen Arbeit an der gesamten Volksarbeit geschätzt werden. Zunächst darf man hier nicht das Volkseinkommen zugrunde legen. Vielmehr müssen hiervon noch einige Posten, so z. B. die Reinerträge der öffentlichen Unternehmungen, abgezogen werden, denn hier handelt es sich nur um den reinen Entgelt der Bevölkerung für ihre Leistungen. Dieses sog. Leistungseinkommen beträgt für das Jahr 1937/38 rd. 69,0 Mrd. RM.

Um nun das landwirtschaftliche Einkommen mit dem nichtlandwirtschaftlichen Einkommen vergleichbar zu machen, muß aber noch der Eigenverbrauch zu Verbraucherpreisen — statt wie bisher zu Erzeugerpreisen — in Rechnung gestellt werden. Dadurch erhöht sich das landwirtschaftliche Einkommen von 9,4 auf 11,4 Mrd. RM und entsprechend auch das gesamte deutsche Leistungseinkommen von 69,0 auf 71,0 Mrd. RM. Aber auch diese Zahlen sind für den vorliegenden Zweck noch nicht voll verwendbar. Vielmehr muß man bei diesem Vergleich von den Beträgen ausgehen, die dem einzelnen von seinem Einkommen für Verbrauch (und Sparsamkeit) zur Verfügung stehen. In diesem Fall also müssen noch die Steuern von allen Einkommen abgezogen werden. Danach ergibt sich für 1937/38 folgende Aufteilung:

Leistungseinkommen insgesamt	64,4 Mrd. RM (100%)
davon landwirtschaftlicher Anteil	11,2 Mrd. RM (17%)
davon nichtlandwirtschaftlicher Anteil	53,2 Mrd. RM (83%)

Der Anteil der Landwirtschaft an der Arbeitsleistung des gesamten Volkes kann demgegenüber auf 24% geschätzt werden<sup>5)</sup>. Diese beiden Zahlen:

Anteil der Landwirtschaft am Leistungseinkommen	17%
Anteil der Landwirtschaft an der Arbeitsleistung	24%

<sup>3)</sup> Das Statistische Reichsamt weist zwar 5,49 Mrd. RM als Betriebsausgaben aus. Jedoch entfällt hiervon ein gewisser Teil auf Neuinvestitionen, so daß tatsächlich nur 5 Mrd. DM als reine Betriebsausgaben gerechnet werden können (vgl. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin 1938/39, Heft 4, S. 415 ff.).

<sup>4)</sup> In Wirklichkeit dürfte es noch weit höher liegen, da einige Einnahmequellen (5-7%) nicht geschätzt werden können, so z. B. die Erlöse aus dem Verkauf von Pferden, Heu und Stroh an die Wehrmacht und andere nichtlandwirtschaftliche Kreise.

<sup>5)</sup> Vgl. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, a. a. O., S. 428. Der Anteil dürfte in der Praxis wohl noch etwas höher liegen, da die längere Arbeitszeit und vor allem auch die Schwelle der „Schmutzarbeit“ vielleicht nicht genügend berücksichtigt sind.

umreißen das gesamte ertragswirtschaftliche Problem der deutschen Landwirtschaft. Würde die Landwirtschaft auch mit 24% am Leistungseinkommen beteiligt sein, so entspräche das einem Einkommen von 15,5 Mrd. RM statt 11,2 Mrd. RM. Das ist ein Mehr von 4,3 Mrd. RM oder 38%. Die „Unterbewertung der Landarbeit“ läßt sich danach für 1937/38 auf rd. 4,3 Mrd. RM beziffern.

Bevor aus dem Gesagten die Schlußfolgerungen gezogen werden, erscheint es angezeigt, auf die Problematik der Berechnungen in den wichtigsten Punkten einzugehen. Einmal könnten diese Berechnungen der „Unterbewertung der Landarbeit“ noch in einigen Punkten verfeinert werden. Vor allem aber gibt es bei den Schätzungen des landwirtschaftlichen und des nichtlandwirtschaftlichen Einkommens viele Imponderabilien, die, wenn überhaupt, so nur subjektiv bewertet werden können, dann aber das Bild der Geldbilanz unter Umständen stark verändern können. Hierzu zählen unter anderem folgende

**Vor- und Nachteile des Land- und Stadtlebens**

Landleben	Stadtleben
Viel Licht, Luft und Sonne, aber kein städtischer Komfort.	Bessere Hygiene (Ärzte und Kliniken) und städtische Bequemlichkeiten (elektr. Licht, Kraft- und Heizstrom, Kochen auf Gas, Müllabfuhr, fließendes Wasser, W.C. und Bad, Zentralheizung), dafür aber wenig Bewegungsfreiheit, wenig Sonne und wenig frische Luft.
Regelmäßiger Tagesablauf, abwechslungsreiche Arbeit, aber lange Arbeitszeit (Ernte!), ferner kein „Wochenende“ und immer Sonntagsarbeit (Melken, Füttern) sowie meist schwere und schmutzige Außenarbeit und wenig Freizeit.	Achtstundentag und lange Ferien, „Wochenende“ sowie weitgehend saubere Arbeit, vielfach aber auch sehr ungesunde und eintönige Arbeit.
Keine Stoppuhren, keine Hetze, aber schlechte Verkehrsverbindungen.	Gute Verkehrsmöglichkeiten, aber Straßenlärm, Nervosität, Hast und teure Fahrten zur Arbeitsstelle.
Besseres und gesundes Essen und Vorratshaltung.	Bequemere Essenzubereitung (Konserven, Lieferung durch Boten, telephonische Bestellungen, Zeit- und Arbeitersparnis durch Gaststätten), oft aber auf Kosten der Qualität.
Geringere Kleidungsansprüche (modeunabhängig).	Modische Kleidung, aber hoher Kleiderverschleiß und teuer.
Leichtere Möglichkeiten, Kinder großzuziehen, aber ungünstige Schulverhältnisse und schlechte Fortbildungsmöglichkeiten.	Gute Grund- und Fachschulen, größere Berufswahl, aber Schwierigkeiten in der Kinderhaltung durch Raum- und Luftmangel.
Enge Verbundenheit mit der Natur, eigener Garten oder eigener Besitz.	Kulturelle Betätigungsmöglichkeiten (Bibliotheken, Museen, Kunst, Musik, Theater) und Unterhaltung (Kino, Tanz) sowie Sport, aber Wohnung in überfüllten Mietskasernen fern von Wald und Feld.
Gesichertes tägliches Brot, gesicherter Lebensabend.	Bessere Verdienstchancen, aber Unsicherheit und sozialer Unfriede.
Gesunde Lebensweise, sofern keine Arbeitsüberlastung da ist, freieres Leben, Erhaltung selbständiger Existenzen.	Bequemere Lebensweise, aber schnellerer Verbrauch der Menschen, ferner Untergehen in der Masse, Aufsaugung selbständiger Unternehmer.

Auch die „sozialen“ Unterschiede zwischen Stadt und Land — einerlei ob sie vorhanden sind oder nur als solche empfunden werden — lassen sich rechnerisch nicht erfassen. Die unter Berücksichtigung aller vorstehenden Punkte tatsächlich bestehende „Unterbewertung der Landarbeit“ wird daher ständig eine problematische Streitfrage bleiben. Da weiter die zu geringe Entlohnung der Landwirtschaft also nicht lediglich in Geld auszudrücken ist, so genügen auch geldliche Verbesserungen der Agrarbilanz keineswegs allein zur Gleichstellung der Landwirtschaft mit den übrigen Sektoren der Volkswirtschaft und damit letzten Endes zur Beseitigung der Landflucht. Vielmehr muß die Agrarpolitik auch auf die Abstellung der übrigen Mängel im Landleben bedacht sein. Allerdings wird aber die geldliche Einkommenssteigerung der Landwirtschaft an erster Stelle stehen müssen.

Endlich kann nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß es eine generelle Unterbewertung der gesamten Landarbeit als solcher überhaupt nicht gibt, so paradox das nach den obigen Ausführungen auch klingen mag. Vielmehr kann man nur von einer Unterbewertung der Landarbeit in einzelnen Betriebsgrößen reden, vor allem in den Klein- und Kleinstbetrieben sowie in einzelnen Betriebsarten. Letzteres trifft insbesondere für die Gräsungsbetriebe in Nordwestdeutschland zu, deren Haupteinnahmequelle die preislich unterbewerteten Mastrinder und die Milchwirtschaft bilden. Auch alle Betriebe, die auf Futterzukauf angewiesen sind, schneiden schlecht ab. In den Kleinbauernbetrieben hat die Unterbewertung des Ertrages — und dementsprechend die Überbelastung des Bauern und der Bauersfrau — vielfach unhaltbare Formen angenommen.

Umgekehrt ist die Ertragslage in vielen größeren Betrieben vorzüglich, vor allem wo tüchtige Betriebsleiter, rationelle, intensive Bewirtschaftung, gute Böden sowie günstige Verkehrs- und Absatzverhältnisse zusammenkommen. Der Roh- und Reinertrag je Kopf der im Betrieb Beschäftigten ist hier so hoch, daß von einer Unterbewertung der Landarbeit keine Rede sein kann. Würde aus dem deutschen Boden überall so viel herausgeholt werden wie in diesen führenden Betrieben, oder sagen wir wie im obersten Drittel, so könnte man einen doppelten Erfolg buchen: Beseitigung der Unterbewertung der Landarbeit und Erhöhung der Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Der deutsche Boden würde dann ebenso intensiv genutzt wie im Ausland, vor allem in Dänemark, England, Holland, Schweden usw. Das muß in jedem Fall das oberste agrarpolitische Ziel sein.

Das ganze Problem der Unterbewertung der Landarbeit in der Bundesrepublik liegt also vornehmlich in der Tatsache, daß zu viele rückständige Betriebe an einem zu geringen Umsatz kranken, d. h. an einer zu geringen Erzeugung je Hektar und je Kopf der im Betrieb Tätigen.

Der beste Weg aus dieser Sackgasse liegt in der Produktionssteigerung, wie ja fast stets die Mehrerzeugung — volkswirtschaftlich gesehen — eine bessere

und idealere Lösung aus solchen Nöten darstellt als alles andere, z. B. als einfache Preisaufbesserungen für Agrarprodukte, die ja nur Einkommensverschiebungen zu Lasten der Nichtlandwirte bedeuten und die große Gefahr von erhöhten Lohnforderungen in der Stadt und damit von sozialem Unfrieden mit sich bringen.

So einfach dieser Weg auch erscheint, so schwierig ist er in der Praxis zu beschreiten, denn die Steigerung der Agrarproduktion hat eben für das Gros der Betriebe viele agrarpolitische Förderungsmaßnahmen zur Voraussetzung, z. B. besseres Schulwesen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel (wofür allein 30 bis 40 Mrd. DM erforderlich wären), Ausbau der Verkehrswege usw. usw. All das braucht überdies ein bis zwei Generationen, um sich in der Landwirtschaft voll auszuwirken. Solange kann und darf jedoch nicht gewartet werden. Es ist daher alles daranzusetzen, diese Zeit durch geeignete Agrarformen und Förderungsmaßnahmen abzukürzen, damit die westdeutsche Landwirtschaft insgesamt konkurrenzfähig in Europa wird.

#### WUNSCH DER LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft drückt der Schuh also an zwei Stellen. Einmal fühlt sie sich gegenüber der gewerblichen Wirtschaft benachteiligt, und zweitens ist sie der ausländischen Konkurrenz auf vielen Gebieten nicht gewachsen. Bei Obst und Gemüse nehmen z. B. die Importe dauernd zu, während der heimische Anbau zurückgeht. Die Erzeuger werden also teilweise auf den eigenen Märkten niederkonkurriert und befinden sich in einigen Gebieten in einer schweren Krise.

#### Westdeutsche Obst- und Gemüse-Einfuhr

Jahr	(in 1000 t)	
	Obst	Gemüse
1951	327	299
1952	427	399
1953	527	386

Bei Obst und Gemüse kann man bereits weitgehend von einer Europäisierung des Marktes sprechen, und scheinbar also auch von der oft gewünschten und propagierten Herausbildung „optimaler Standorte“. Die Wirklichkeit ist ganz anders! Von einer Herausbildung wirklich günstiger Produktionsgebiete kann keine Rede sein! Das wäre erst dann der Fall, wenn diesseits und jenseits der Grenzen Obst und Gemüse sowie auch andere Agrarprodukte unter gleichen Bedingungen erzeugt würden. Das aber trifft nicht zu. Der deutsche Produzent ist im Nachteil.

Die Schlußfolgerungen, die aus der Unterbewertung der Landarbeit und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit gezogen werden, sind bezeichnenderweise uneinheitlich. Zweifellos bildet die Paritätsforderung den einfachsten Ausweg aus diesem Dilemma. Vom Standpunkt der Landwirtschaft ist sie durchaus verständlich, ja verständig und logisch. Sie geht aber letzten Endes am Kernproblem vorbei, nämlich an der Tatsache, daß auf die Dauer alles darauf ankommt, die deutsche Landwirtschaft wieder wettbewerbsfähig

im europäischen Reigen zu machen. Gelingt das, so werden sich die Paritätsgespräche zum größten Teil von selbst erledigen, und zwar auf eine volkswirtschaftlich gesunde, marktkonforme Weise.

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat im Juni 1954 in 18 Punkten die Undurchführbarkeit bzw. Unzweckmäßigkeit der Paritätsforderung für die Bundesrepublik dargelegt und in einem 19. Punkt statt dessen „umfangreiche Reformen“ bei der Landeskultur, dem Agrarrecht und Agrarkredit, bei der Absatzorganisation sowie auf dem Gebiet der Forschung und Beratung gefordert.<sup>6)</sup>

Das Gutachten war durch verschiedene Gesetzentwürfe und Vorschläge zur Einführung von Paritätsgesetzen ausgelöst worden. Vor allem sind hier die Gesetzentwürfe der CDU und der FDP im Bundestag zu erwähnen. Der Paritätsgesetzesentwurf der FDP (Drucksache 405 Deutscher Bundestag vom 31. 3. 54) fordert in 8 Paragraphen, daß der Agrarindex alljährlich im richtigen Verhältnis zum Betriebsmittel- und Lohnindex auf Basis 1938 = 100 stehe<sup>7)</sup>.

Der Paritätsgesetzesentwurf der CDU (Drucksache Nr. 448 vom 8. 4. 54) entspricht im ganzen etwa dem Entwurf der FDP<sup>8)</sup>. Ebenso hat auch der Deutsche Bauernverband Paritätsgesetzesentwürfe unterbreitet<sup>9)</sup>. Das Gesetz trägt den Titel „Zur Sicherung der Volksernährung und zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes“. Es enthält 6 Paragraphen mit dem Ziel, die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Landwirtschaft mit der übrigen Wirtschaft durchzusetzen. Im einzelnen werden dazu vom Bauernverband folgende Richtlinien zur Verwirklichung der Paritätsforderung gegeben:

- a) Verbesserung der Agrarstruktur;
- b) Steuererleichterungen zwecks Besitzfestigung (Beseitigung der Erbschaftssteuer bei direkter Erbfolge);
- c) Aufhebung des Preisstopps für unbebaute Grundstücke;
- d) Fortfall der Grunderwerbsteuer bei Verbesserung der Betriebsstruktur;
- e) bessere Abschreibungsmöglichkeiten;
- f) Altenteile sollen als Betriebsausgaben gelten;
- g) Freibetrag für Grünlandbetriebe ist auf 2 000 DM festzusetzen;
- h) Umsatzsteuer-Befreiung für Veredelungsvorgänge.

Die Bauernverbandsopposition stößt in dasselbe Horn. Ihr Programm läuft auf eine Erhöhung der Agrareinnahmen um gut 1 Mrd. DM p. a. hinaus. Im einzelnen werden folgende Wünsche von ihr angemeldet:

Erhöhung des Milchpreises um ca. 6 Pfg.	(+ 280 Mill. DM)
Erhöhung des Zuckerrübenpreises um 6—8 %	(+ 40 Mill. DM)
Mehrsatz von Obst, Gemüse, Vieh auf Kosten des Imports	(+ 250 Mill. DM)
Durch Familienlohnausgleich Mehrsatz der Landwirtschaft	(+ 290 Mill. DM)
Befreiung der Bauern von der Arbeitslosenversicherung	(+ 150 Mill. DM)
Mietzahlungen der Industrie bei Benutzung landwirtschaftl. Wohnungen	(+ 30 Mill. DM)
Vergütung für Arbeiterabgabe an die Industrie	( 100 Mill. DM)
Insgesamt	1 140 Mill. DM

Die Paritätswünsche der Landwirtschaft sind stark kritisiert worden, am klarsten zweifellos in dem erwähnten Paritätsgutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium. Dennoch befriedigt das Gutachten nicht voll. Einmal wird es nach Ansicht vieler Praktiker der Landwirtschaft und den Ursachen ihrer heutigen Lage nicht immer gerecht, und zweitens muß das Fehlen positiver Hilfsvorschläge anstelle der abgelehnten Parität bedauert werden, unbeschadet der Tatsache, daß die Aufgabe des Wissenschaftlichen Beirats lediglich in der Kritik der Paritäts-

<sup>6)</sup> Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates wurde in der Presse abgedruckt und darf hier als bekannt vorausgesetzt werden.

<sup>7)</sup> Vgl. hierzu auch die Erläuterungen von F. Keim zur Paritätsforderung im Pressedienst der FDP, Bonn, Moltkestr. 5, vom 12. 1. 54.

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Bundesausschusses für Landwirtschaft der CDU, Bonn, Argelandsstr. 173, vom 10. 4. 54.

<sup>9)</sup> Vgl. Deutsche Bauern-Zeitung vom 11. 3. 54.

gesetzentwürfe bestand. Aus diesem Grunde sei es erlaubt, das Gutachten im folgenden nach der positiven Seite hin zu ergänzen.

Die Landwirtschaft ist ganz gewiß für jede noch so kleine Förderung dankbar. Wichtiger als die obigen vom Beirat vorgeschlagenen Reformen scheint aber doch die generelle Gleichstellung der deutschen Landwirtschaft mit den ausländischen Wettbewerbern zu sein, denn erst dann können sich volkswirtschaftlich wirklich gerechtfertigte „optimale Standorte“ herausbilden, sei es auf Grund überlegener örtlicher Verhältnisse (z. B. Boden oder Klima) oder auf Grund der größeren Tüchtigkeit der Menschen. Solange aber der Produktionsapparat in Deutschland veraltet und die Produktionsbedingungen vielfach schwieriger sind (höhere Zinsen, Steuern, Abgaben usw.), kann von gleichen Startbedingungen beim Konkurrenzkampf um den deutschen Markt keine Rede sein.

Worin gipfeln also die langfristigen Wünsche der Landwirtschaft? Man kann sie ganz einfach in folgenden zwei Sätzen zusammenfassen:

Die westdeutsche Landwirtschaft möchte, daß es ihr ermöglicht wird, ihren Produktionsapparat ebenso zu rationalisieren und zu modernisieren, wie es das Ausland in den letzten Jahrzehnten auf Grund besonderer Verhältnisse vermocht hat.

Ferner möchte die westdeutsche Landwirtschaft in Zukunft keinesfalls wieder unter ungünstigeren Bedingungen erzeugen müssen als ihre europäischen Wettbewerber, damit sie nicht unverschuldet wieder in Nachtrab gerät.

Es handelt sich also darum, einmal durch entsprechende Modernisierung des Produktionsapparates (Gebäude, Vieh, Maschinen usw.) mit dem Ausland „gleichziehen“, und zweitens darum, auch die laufenden Produktionsverhältnisse ebenso vorteilhaft wie bei den Wettbewerbern zu gestalten.

#### GRÜNDE FÜR DIE UNTERLEGENHEIT DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT

Ziel der deutschen Agrarpolitik muß es sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß unsere wertvollsten Aktiva, der Boden und die Arbeitskraft, wieder höchste Zinsen bringen. Hier liegen Versäumnisse nicht so sehr der Landwirte als vielmehr der Agrarpolitik vor. Nicht die Landwirtschaft war rückständig, sondern die Agrarpolitik, so etwa hat es der bekannte Agrarpolitiker Dr. Schüttauf einmal formuliert. Dadurch ist die heutige mangelnde Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft verursacht worden. Diese Tatsachen sind so wichtig und gleichzeitig so unbekannt, daß es gerechtfertigt erscheint, ganz kurz die Entwicklung zu dem heutigen Zustand zu umreißen, zumal, wie erwähnt, selbst das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats hier der Landwirtschaft nicht immer ganz gerecht wird.

Die deutsche Landwirtschaft war keineswegs immer dem Ausland unterlegen, sie konnte jahrzehntelang durchaus als wettbewerbsfähig gelten. Bis zum Jahre 1871 war Deutschland ohnedies ein agrarisches Exportland. Die damaligen Export-, d. h. Weltmarktpreise wurden sogar als sehr rentabel empfunden. Nach 1871 wurde Deutschland infolge der Bevölkerungszunahme und vor allem infolge des steigenden Ernährungs-

standards in wachsendem Maße zu einem Zuschußland für Agrarprodukte. Bereits lange Zeit vor dem ersten Weltkrieg war Deutschland — nach England — zum zweitgrößten Lebensmittelimporteur der Welt geworden, eine Stellung, die Westdeutschland heute nach wie vor einnimmt.

#### Der Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln

Jahr	Gebiet	Einwohner (in Mill.)	Grad der Selbst- versorgung (in %)	Mit Hilfe aus- ländischer Nahrungsmittel ernährte Bevölkerung (in Mill.)
1840/70	Preußen	—	über 100	—
1871	Deutsches Reich	41	100	—
1900		56	87	7
1913		67	80	13
1938		69	80	14
1953	Bundesrepublik	50	ca. 70	15

Infolge der Bevölkerungszunahme einerseits und der Landverluste in zwei Weltkriegen andererseits ist der Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln dauernd gesunken, und zwar trotz ständiger Zunahme der Erzeugung je Flächeneinheit bis in die jüngste Zeit. Nicht weniger als rd. 13—15 Mill. Deutsche waren daher in den letzten 40 Jahren zu ihrer Ernährung ständig auf Agrarimporte angewiesen. Das bedeutete für die deutsche Landwirtschaft insofern einen Vorteil, als Absatzsorgen, wie zum Beispiel in Überschußländern, nur auf Teilgebieten auftreten konnten. Auch der Frachtvorteil ist nicht gering zu veranschlagen.

Fragt man sich, weshalb die deutsche Landwirtschaft trotzdem von ihrer zweifellos um 1900 noch führenden Stellung bis 1954 wettbewerbsmäßig zurückgefallen ist, so liegt das, kurz gesagt, daran, daß die deutsche Landwirtschaft in den letzten vier Jahrzehnten jedes Mal, wenn sie Geld hatte, nichts kaufen konnte und jedes Mal, wenn sie investieren konnte, kein Geld zur Modernisierung ihres Produktionsapparates hatte. Gerade in den letzten vier Jahrzehnten hat aber in der übrigen Welt die Rationalisierung der Landwirtschaft durch die oftmals erstaunliche technische Vervollkommnung der Gebäude sowie der Maschinen und Geräte kaum für möglich gehaltene Fortschritte gemacht.

Im einzelnen kann man — vom agrarökonomischen Standpunkt betrachtet — die Zeit seit 1850 ganz grob etwa wie folgt kennzeichnen:

**1850—1870: Landwirtschaftliche Blütezeit.** Agrarexporte, vor allem an Getreide und Wolle aus Norddeutschland nach England. Die deutsche Landwirtschaft ist auf den Weltmärkten konkurrenzfähig.

**1870—1891: Anfangs gute Konjunktur, später Rückschläge.** Der erste Einbruch erfolgt am Ende der Gründerzeit (etwa ab 1882), später verstärkt durch die erste Weltagrarkrise (ab 1892).

**1892—1896: Depression (Caprivi-Krise).** Schwere Zeit für die Landwirtschaft infolge Preisverfalls.

**1897—1914: Die goldenen Jahre der deutschen Landwirtschaft.** Die allgemeine Normalisierung der Weltmärkte (Erholung auch der Agrarpreise) und die ständig steigende Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln im Inland als Folge der Industrialisierung und Bevölkerungsvermehrung (in Deutschland um 0,8 Mill. jährlich) gaben der Landwirtschaft einen nachhaltigen Auftrieb. Folge: 1914 stand die deutsche Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Erzeugungstechnik führend in der Welt da, hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Gebäuden und Maschinen lag sie auf einem guten Platz in der Spitzengruppe.

**1914—1924: Stagnation.** Krieg und Inflation verhinderten praktisch jede Investition in Deutschland, während das Ausland in dieser Zeit der beginnenden Schlepperverwendung mächtig aufholt und z. T. Deutschland überflügelt.

**1924—1929: Langsame Erholung,** allerdings bei einer Zunahme der Verschuldung auf 12 Mrd. RM. Aber die Zeit ist bei weitem zu kurz, um den Vorsprung des Auslandes bei der jetzt beginnenden Elektrifizierung der Landwirtschaft einzuholen. Im Gegenteil, der Abstand vergrößert sich eher noch weiter.

**1929—1933: Schwere Krise.** Die Weltwirtschafts- und Weltagrarkrise macht auch den Großteil der deutschen Landwirtschaft illiquide, da die hohen Zinsen für die 12 Mrd. RM Agrarschulden und auch die Steuern trotz Preisverfalls weiterlaufen. Der Produktionsapparat veraltet.

**1934—1939: Erholung und Konsolidierung.** Trotz der fühlbaren Besserung bleibt die „Unterbewertung der Landarbeit“ gerade auch in jener Zeit die Hauptsorge der Agrarpolitik. Der Produktionsapparat wird verbessert, aber im Vergleich zu den Fortschritten im Ausland ungenügend.

**1940—1949: Stagnation und später starker Rückschritt.** Im und nach dem zweiten Weltkrieg wächst der Vorsprung des Auslandes z. T. ungeheuer. Während in Deutschland Investitionen praktisch aufhören, macht sich das Ausland alle modernen agrartechnischen Errungenschaften zunutze.

**1949—1954: Trotz allmählicher Erholung erste Vorkahren.** Um 1952/53 konnte in der Bundesrepublik die Vorkriegsproduktion, je ha gerechnet, wieder erreicht werden. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutsche Landwirtschaft trotzdem heute gegenüber dem konkurrierenden europäischen und überseeischen Ausland in bezug auf Rationalisierung der Erzeugung und des Absatzes allzu stark in Rückstand geraten ist. Zwei verlorene Kriege, Inflation und Deflation sowie Kapitalverluste haben bewirkt, daß die Gebäude großenteils veraltet und für einen modernen rationellen Betrieb unbrauchbar sind. Die Maschinen-ausrüstung ist im ganzen unzureichend, die Bodenfruchtbarkeit sowie Qualität und Leistung des Viehstapels bleiben hinter denen des Auslandes vielfach zurück. Die Betriebsgrößenverhältnisse (zu kleine und vor allem in zu viele Parzellen aufgesplittete Betriebe) verhindern ebenfalls eine moderne, kostensparende Betriebsweise. Man muß sich stets vergegenwärtigen, daß der eigentliche Einbruch der Technik in die Landwirtschaft schon etwa mit dem ersten Weltkrieg einsetzte und daß die deutsche Landwirtschaft wegen der Kriege, der Inflation und der Agrarkrisen tatsächlich seitdem niemals in der Lage war, sich voll dem jeweiligen technischen Fortschritt anzupassen.

Die deutsche Landwirtschaft steht daher trotz ihres notorischen Fleißes heute, am Vorabend einer europäischen Agrar- und Wirtschaftsunion, vor der ersten Gefahr, auf den eigenen Märkten durch die billigen Auslandsprodukte niederkonkurriert zu werden, um so mehr, als sie die mit Abstand am höchsten besteuerte Landwirtschaft Europas ist, keine Möglichkeit der Kapitalbildung und Investition hat und keine tragbaren Rationalisierungskredite erhält.

#### MODERNISIERUNG DURCH INVESTITIONEN

Die agrarpolitischen Schlußfolgerungen liegen auf der Hand. Sie lauten, um es nochmals zu sagen: gleiche Produktionsbedingungen wie im Ausland und Möglichkeiten zur Modernisierung des Produktionsapparates auf den derzeitigen technischen Stand. Alles das sollte im Rahmen der freien Marktwirtschaft in erster Linie durch Selbsthilfe der Landwirtschaft erfolgen. Aber der Staat müßte die Voraussetzungen schaffen. Diese Zielsetzungen gehen also weit über die Paritätsbestrebungen hinaus. Das soll nicht bedeuten, daß die Paritätsforderung abwegig oder unlogisch sei. Sie führt jedoch in Deutschland nicht zum letzten Ziel, d. h. nicht zur Selbstheilung und Wettbewerbstüchtigkeit der Landwirtschaft. Vielfach wird heute in der Presse darauf hingewiesen, daß in typischen Paritäts-

ländern wie Schweden, den USA, England, der Schweiz u. a. zur Zeit eine Art Götterdämmerungs-Stimmung herrsche und daß diese Länder sich bemühten, die Paritätsgeister, die sie einst gerufen, baldmöglichst wieder los zu werden. Hier aber stießen sie auf den Widerstand der Bauern. Es ist nicht unsere Sache, diesen Streit zu beurteilen bzw. für oder gegen die Parität auszulegen. Aber man darf eines nicht verkennen: mögen die Paritätsgesetze im Ausland jetzt auch abgebaut werden, so bleiben die in ihrem Schutze erneuerten Gebäude, Maschinen und Viehbestände sowie die großen Feldmeliorationen doch bestehen. Gerade diese bedingen aber die überlegene Konkurrenzfähigkeit des Auslandes, die einzuholen Deutschland bemüht sein muß.

Leider gibt es hierfür kein Patentmittel. Vielmehr führt hier nur eine Unzahl kleiner und großer Maßnahmen zum Ziel. Die wichtigsten sind in einem früheren Aufsatz in dieser Zeitschrift bereits behandelt worden.<sup>10)</sup> Sie brauchen daher hier nicht wiederholt zu werden. Auch das oben erwähnte Paritätsgutachten enthält wichtige Hinweise im Punkt 19.

Alle diese Maßnahmen sollen es der Landwirtschaft ermöglichen, auf eine Anhebung der Agrarpreise verzichten zu können und trotzdem die Agrarproduktion zu steigern. Dabei soll möglichst gleichzeitig die Produktion je Hektar und je Arbeitskraft zunehmen. Das bedeutet eine erhöhte Produktivität und damit eine echte Kostensenkung.

Im Vergleich zur deutschen Landwirtschaft steht die ausländische Landwirtschaft gerade hinsichtlich der Produktivität z. T. wesentlich günstiger da. Kein Wunder, daß ihre Einnahmen und ihre Investitionsmöglichkeiten größer sind als in Westdeutschland. Da Einkommen und Löhne aber eine Funktion der Produktionsleistung je Kopf sind, so ergibt sich auch hieraus, daß es weit wichtiger ist, die Wettbewerbs-

<sup>10)</sup> Wirtschaftsdienst, Heft 4/1953, S. 230 ff.

fähigkeit mit dem Ausland wieder zu erreichen, als eine ohnehin problematische „Parität“ mit der Industrie anzustreben. Ersteres ist eine dynamische, langfristige Zielsetzung und in jedem Falle richtiger als die mehr statistische Paritätsforderung. Solange die Unterlegenheit gegenüber dem Ausland anhält, wird sich die Landwirtschaft mit Recht dagegen wehren, vom Ausland bei einer wachsenden Liberalisierung des Handels und nach Einführung der Konvertibilität der Währungen niederkonkurriert zu werden. Ein Rückgang der Agrarproduktion würde überdies leicht die Handelsbilanz infolge höherer Agrarimporte passivieren können und außerdem noch andere ungünstige Folgen soziologischer Art haben.

Es ist also unabweislich, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft — wie sie 1914 noch bestand — auf der ganzen Linie wieder herzustellen. Hierfür wären vorerst Investitionen in Höhe von etwa 30 Mrd. DM in den nächsten 10 bis 15 Jahren notwendig, möglichst ausschließlich durch Selbstfinanzierung. Das ist die schwere Hypothek des in 40 Jahren Versäumten.

Aber nur auf diese Weise wird es möglich sein, den Produktionsapparat im notwendigen Umfang zu modernisieren. Im übrigen will die deutsche Landwirtschaft heute weder Subventionen noch Schutzmaßnahmen, sofern ihr im ganzen nur dieselben Produktionsbedingungen (Steuern, Zinssätze, Produktionsmittelpreise und Möglichkeiten zur Modernisierung) zugebilligt werden, wie sie im konkurrierendem Ausland bestehen.

Großes hängt für die Zukunft von der Lösung dieser Agrarprobleme ab. Aber der Einsatz lohnt, denn die Landwirtschaft könnte dann auch von dem Sorgenkind, das sie heute ist, wieder zu dem werden, was sie bis 1914 war und heute im benachbarten Dänemark, Schweden und Holland ist, nämlich zum wichtigen Pfeiler und Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft.

**Summary:** Parity System and the Structure of Agriculture. As compared with other branches of trade, the work of the farm population is "undervalued". Its share in the total working population is substantially bigger than its share in the national income. For that reason, in Germany agriculture is also emphatically demanding some kind of parity system to balance this discrepancy. On closer investigation, however, the disparity exists not for agriculture as a whole but only for the small and part of the medium-sized farms. On the other hand, the entire farming industry is in a bad state as compared with other countries, which is the result of political developments and of omissions of agrarian policy during the past 40 years or so. The conclusion is that the solution of the present problems cannot come from a parity system but only from a fundamental improvement of the agricultural structure, and the main goal must be to make German agriculture competitive again as compared with foreign countries.

**Résumé:** Système paritaire et structure agricole. Comparativement aux autres branches professionnelles le travail de la population agricole est estimé au-dessous de sa valeur. La quote-part de cette branche au nombre total des personnes exerçant une activité professionnelle est beaucoup plus élevée que sa quote-part au revenu national. Aussi l'agriculture allemande revendique-t-elle expressément un système paritaire, pour remédier à cette disparité. Celle-ci, pourtant, ne touche pas l'agriculture dans son ensemble, mais seulement les entreprises petites et moyennes. En comparaison de l'étranger, cependant, l'agriculture allemande entière est indigente. Cet état de choses résulte de l'évolution politique et des omissions de la part de la politique agricole pendant les derniers 40 ans. Par conséquent il est impossible de résoudre les problèmes par un système paritaire. Il faut plutôt procéder à une révision fondamentale de la structure agricole, surtout dans le but de rendre l'agriculture allemande capable d'entrer en compétition avec l'étranger.

**Resumen:** Sistema de paridad y estructura agraria. En comparación de otros grupos de profesión, el trabajo de los campesinos resulta desvalorado. Su parte en la totalidad de la población trabajador es considerablemente mayor a la en la renta nacional. Por eso la agricultura alemana, hoy sostiene enérgicamente la demanda de paridad cuya consecución haría posible la compensación de esta discrepancia. Pero en rigor esta disparidad no existe para toda la agricultura, sino solamente para empresas medianas y pequeñas. Toda la agricultura alemana, comparandola con la de los países extranjeros, resulta necesitada, y precisamente debido al desarrollo político y los descuidos de la política agraria de los últimos 40 años. De ahí que una solución de los problemas no podría ser esperada de un sistema de paridad, sino solamente de una fundamental mejora de la estructura agraria cuyo objetivo principal debería ser el de volver a la agricultura alemana su capacidad de competir con el extranjero.